

# Leipziger Volkszeitung

### Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschkeuditz behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschli. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Volksbuchkonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:** Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10 Spalten, Kolonelleiste 35 Pfg., bei Plakatvorzug 40 Pfg. Stellenangebote 10 Spalten, Kolonelleiste 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Spalten, Kolonelleiste mit 50% Nachsch. Reklamezeitung 2 M. Inzerate v. ausw.: die 10 Spalten, Kolonelleiste 40 Pfg. bei Plakatvorzug, 50 Pfg., Reklamezeitung 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Die Hersteller der Bomben inhaftiert

### Enge Beziehungen zu Ehrhardt

Das Polizeipräsidium Altona teilt mit, daß in Altona-Markens im Zusammenhang mit den Bombenattentaten zwei Personen ermittelt worden sind, die in bestimmten Ateliers verschiedene Hülsenmaschinen hergestellt haben. Einer der Hersteller, der 23jährige Kunstmalers Herberth Schmidt, konnte verhaftet werden. Er ist inzwischen in das Altonaer Polizeipräsidium eingeliefert worden. Ein Geständnis, daß er an den Attentaten aktiv teilgenommen hat, liegt bereits vor. Der andere Attentäter, der Elektriker Albert Kaphengst, ist flüchtig. Sein Bruder ist inzwischen unter dem Verdacht der Mitschuldhaft festgenommen worden.

Schmidt und Kaphengst haben enge Beziehungen zu dem Kreis des Kapitäns Ehrhardt unterhalten. Schmidt hat ferner gestanden, daß für die nächste Zeit neue Attentate in Aussicht genommen waren. Er war u. a. auch an dem Nienburger Attentat führend beteiligt. Seine Mitwisser hat er bis jetzt jedoch nicht genannt.

### Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten

Der Polizeipräsident teilt mit: Die rote Fahne behauptet seit einigen Tagen, daß der Polizeipräsident vor dem bevor-

stehenden Attentat auf das Reichstagsgebäude bereits am 22. Juli, also 40 Tage vor dem Bombenanschlag, genau unterrichtet worden wäre, da zwei Kriminalbeamten detaillierte Angaben über den Bombenanschlag gemacht worden seien. Diese Behauptung ist falsch. Die Polizei hat niemals auch nur den geringsten positiven Anhaltspunkt für ein geplantes Attentat auf den Reichstag erhalten.

Am 20. Juli erschien bei der Abteilung IA ein gewisser Fritz Lessenthin, der zu dieser Zeit aus der SA der NSDAP entfernt und bei dieser Gelegenheit mißhandelt worden war. Aus Rache wollte er Angaben über die SA der NSDAP machen. Er sprach über die Attentate in Schleswig-Holstein und brachte diese mit einem ihm bekannten Kostritzer, dem Vorsitzenden der Berliner Ortsgruppe der Freunde Schlageters, in Verbindung. Irrendweiliche positive Angaben über die bereits erfolgten oder über etwa bevorstehende Attentate hat er dabei nicht gemacht. Er erwähnte lediglich, daß Ende 1928 oder Anfang 1929 von Kostritzer, Timm und Genossen gelegentlich theoretischer Erörterung zum Ausdruck gebracht worden sei, wenn Bombenanschläge ausgeführt werden sollten, dann müßte man staatswichtige Betriebe lahmlegen. Kehultiche Mitteilungen und Andeutungen erhielt die Abteilung IA zu dieser Zeit auch von zahlreichen anderen Personen, und auch in der Presse wurden Mitteilungen darüber gemacht, ohne daß jedoch nähere Anhaltspunkte für die Behauptungen erbracht wurden. Trotzdem ist die Abteilung IA, den Angaben des Lessenthin und auch den übrigen Mitteilungen pflichtgemäß nachgegangen.

## Rote Wahlen im Nachbarlande

### Der gewaltige Wahlsieg der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei

Von Joseph Belina, Prag.

Ein geradezu unwahrscheinlicher Erfolg ist eingetreten: die Sozialdemokratie hat in der Tschechoslowakei ebenso die Kommunisten wie die Kleinbürgerlichen tschechischen Nationalsozialisten überannt und sie ist mit nahezu 1 1/2 Millionen Stimmen zur stärksten Partei des Landes geworden. Da die deutsche und tschechische Sozialdemokratie anlässlich der letzten Parlamentswahlen im Jahre 1925 etwas über eine Million Stimmen erhielt, bedeutet das Wahlergebnis einen Zuwachs von nahezu die Hälfte der vordem erreichten Stimmen. Die tschechische Sozialdemokratie gewinnt rund 350 000, die deutsche 102 000 Stimmen! Demgegenüber steht eine Dezimierung der Kommunisten von 940 000 auf 750 000 Stimmen, so daß immer noch ein Plus von nahezu 300 000 Stimmen verbleibt, welche von den bürgerlichen Parteien, besonders von der Klerikalen, gewonnen wurden. Die Oktoberwahlen des Jahres 1929 bedeuten für die Tschechoslowakei unbestritten einen Sieg des Klassengebührens, einen Sieg der Sozialdemokratie.

Unterjocht man die einzelnen Wahlergebnisse, so ergibt sich die Tatsache, daß das Volk keine Splitterparteien wünscht. Die tschechischen Agrarier haben als seit Jahren führende Regierungspartei einen Zuwachs von 135 000 Stimmen zu verzeichnen. Das bedeutet nicht allzu viel, wenn man sich die Methoden vergegenwärtigt, mit welchen die Agrarier vorgegangen sind. Nicht nur daß sie ihren Anhängern aus dem Titel der Bodenreform gewaltige Vorteile zu schaffen wußten, sie haben auch bei den Wahlen selbst so gearbeitet, daß bei milderer politischer Reife der Bewohner reguläre Ballanwahlen zustande gekommen wären. In Wärdien ließen sie ganze Brotlaibe verteilen und boten anlässlich ihrer Wählerdemonstrationen den Besuchern Schnaps in unbegrenzten Mengen, in Karpathenland offerierten sie gar 10 Kronen in bar all denen, die wirklich und wahrhaftig agrarisch wählen würden. Sie konnten in diesem kulturell rückständigsten Gebiet, wo sogar Analphabeten als Parlamentskandidaten aufgestellt wurden, ihre Stimmzahl von 35 000 auf 77 000 steigern, doch dürften sie dieses Sieges kaum froh werden. Indessen haben sie auf diese Weise mit 1 105 000 Stimmen die Führung unter allen Parteien behalten. Dafür haben allerdings ihre deutschen Klassenengenossen schwer bluten müssen, indem sie von 571 000 auf 396 000 Stimmen zurückfielen und damit den verdienten Dank der Sudeten Deutschen für ihre rückgratlose Politik erhielten. Der zweiten deutschen Regierungspartei, den Christlichsozialen, ging es infolgedessen nicht besser, als sie ihre Stimmzahl von 314 000 auf 348 000 heben konnten; anscheinend eine Folge ihrer größeren demagogischen Agilität.

Die unbestrittenen Sieger des Tages sind die Sozialdemokraten beider Nationen. Besonders die tschechische Sozialdemokratie konnte ihren Wahlerfolg vom Dezember des vorigen Jahres, den sie anlässlich der Landeswahlen erfocht, nicht nur erhalten, sondern auch noch weiter ausbauen. Die Sozialdemokratie beider Nationen hat bei rund 7 1/2 Millionen abgegebener Stimmen annähernd 1 1/2 Millionen erreicht. Die Kommunisten gehen von 942 000 auf 752 000 Stimmen zurück; in Anbetracht ihrer vollständigen Untätigkeit ist die Zahl ihrer Nachläufer bei den Wahlen immer noch groß genug. Durchaus erfreulich ist indes der Umstand, daß die sich sozialistisch gebärdenden Nationalisten sowohl deutscher, als auch tschechischerseits in ihrem weiteren Aufstieg gehindert wurden. Die tschechischen Nationalsozialisten haben ihre Stimmzahl von 707 000 auf 766 000 gesteigert, die deutschen von 168 000 auf 205 000. Rechnet man die natürliche Vermehrung um rund 1 Prozent ab, welche infolge der höheren Zahl der Wahlberechtigten gegeben ist, so haben die tschechischen Nationalsozialisten gar nichts, die deutschen etwa 12 Prozent ihrer Stimmen gewonnen, wobei ihr Erfolg von den Deutschen Nationalen bezahlt wird. Diese gehen von 241 000 auf 189 000 Stimmen zurück; ihre Verluste sind es zur Hauptsache, welche die Erfolge der gewinnenden Parteien ermöglichten. Von besonderer Wichtigkeit ist der Abmarsch der Arbeiterwähler aus den bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie, welche darüber hinaus auch die Verluste der Kommunisten zu ihren Gunsten buchen kann.

Im tschechischen bürgerlichen Lager haben sich ganz bedeutende Verschiebungen ergeben. Die Nationaldemokraten, die Partei des Bank- und Industriekapitals, steigerten ihre Stimmzahl von 285 000 auf rund 380 000, die Gewerbetreibenden gingen von 288 000 auf 291 000 hinauf, haben also eigentlich, gemessen an der allgemeinen Steigerung der Stimmen, verloren. Den größten Verlust verzeichnen die tschechischen Klerikalen, welche von 691 000 auf 624 000 Stimmen sanken, unter Anrechnung des natürlichen Zuwachses also rund 20 Prozent verlieren. Als neue und erfolgreiche Partei ist die Korruptionsgesellschaft der Faschisten auf den Plan getreten, sie hat unter Führung des degradierten Generalstabschefs Gajda, des abgetakelten nationalsozialistischen Ministers Stribny und des wegen unsauberer Manipulationen entfernten Tölkner Gesandten Bergler zusammen 72 000 Stimmen und damit 3 Abgeordnetenmandate erzielt: man darf

## Der Sieg in der Tschechoslowakei

Auf Grund der bis Montag abend vorliegenden Ergebnisse der tschechoslowakischen Wahl verteilen sich die Stimmen und Mandate der einzelnen Parteien wie folgt:

Partei:	Stimmen:	Mandate:
	(in Klammer die Ergebnisse der Wahlen von 1925)	
Tschechische Sozialdemokraten	936 000 (631 000)	40 (29)
Deutsche Sozialdemokraten	513 000 (411 000)	21 (17)
Nationalsozialisten (Beneš)	767 000 (609 000)	31 (28)
Kommunisten	752 000 (931 000)	30 (41)
Tschechische Agrarpartei	1 100 000 (970 000)	45 (46)
Deutsche Agrarpartei	396 000	16 (-)
Deutsche Christlichsozialen	348 000	14 (-)
Tschechische Klerikalen	624 000 (691 000)	25 (31)
Slowakische Klerikalen	408 000 (489 000)	17 (23)
Ungarische Christlichsozialen	267 000	10 (-)
Jüdisch-polnische Liste	104 000	4 (-)
Tschechische Gewerkepartei	291 000 (285 000)	12 (13)
Nationaldemokraten	360 000 (255 000)	14 (13)
Faschisten-Liga	72 000	3 (-)
Deutschnationale	189 000 (240 000)	8 (10)
Deutsche Nationalsozialisten	205 000 (168 000)	8 (7)

Die bisherigen deutschen Regierungsparteien verzeichnen nach diesen Ziffern einen Verlust von etwa vier Mandaten. Die Kommunisten büßten rund 100 000 Stimmen ein.

## Demission des Kabinetts

Ministerpräsident Udrjal überreichte gestern im Namen der Regierung dem Präsidenten der Republik die Demission.

## Der gestohlene Chiffreschlüssel

Das hier erscheinende Organ der russischen Emigranten berichtet, daß der in der italienischen Botschaft in Berlin gestohlene Chiffreschlüssel vor wenigen Monaten der Sowjetbotschaft in Paris für 5000 Dollar angeboten worden sei. Der Tschechijet Jannowitsch habe die betreffende Person empfangen und sie anderthalb Stunden zwecks Prüfung des Schlüssels warten lassen. In dieser Zeit habe er den ganzen Schlüssel Seite für Seite fotografiert. Als das geschehen war, habe er den Schlüssel mit dem Bemerkten zurückgegeben, daß er ihn nicht für authentisch halte. Der ehemalige Sowjetdiplomate Besjedowski erklärte, über die Angaben des Emigrantenblattes befragt, daß der Chiffreut der Pariser Sowjetbotschaft bereits seit einiger Zeit alle durch die russischen Agenten abgefangenen Depeschen entsiffere.

## Gegen die Kammerfraktion!

### Frankreich Sozialisten werden nicht in die Regierung gehen

Der Nationalrat der französischen Sozialistischen Partei ist bisher noch nicht zu einer Entscheidung über die Annahme bzw. Ablehnung des von Daladier gemachten Angebotes zum Eintritt der Sozialisten in die Regierung gelangt. Die gestern abend begonnene Diskussion wurde nachts um 2 Uhr auf heute vormittag 9 Uhr vertagt. Die entscheidende Abstimmung soll noch vor 11 Uhr stattfinden. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß sich voraussichtlich eine Mehrheit gegen die Beteiligung an der Regierung ergeben wird.

## Beschluß der Verwaltungskommission

Vor der Eröffnung des Delegiertenkongresses nahm die Ständige Verwaltungskommission der Partei gegen vier Stimmen eine Entscheidung an, in der die Entschließung der sozialistischen Parliamentsfraktion als im Widerspruch zu den Parteizweckbeschlüssen stehend erklärt und die Ablehnung des Angebotes von Daladier gefordert wird.

Der Delegiertenkongress, an dem u. a. auch der Generalsekretär der zweiten Internationale, Fritz Adler, teilnimmt, begann mit einem ausführlichen politischen Exposé des Parteiführers Blum. Dann folgte der Aufmarsch der Beteiligungswilligen ein. Es sprachen u. a. die Abgeordneten Uri, Renaudel, Grumbach, der Bürgermeister von Marseille, Marquit, und der Bürgermeister von Lille, Saletengro, für den Eintritt in die Regierung, wobei sie als wichtigstes Argument ins Feld führten, daß man ein Rechtskabinett Lardieus unbedingt verhindern müßte. Die Abgeordneten Lebas und Jzyromski vertraten die entgegengelegte These. Die Partei dürfe heute, so erklärten sie, ihre bisherige, respektvoll überlegte Haltung nicht plötzlich über Nacht umstürzen, zumal in der augenblicklichen Kammer keine stabile Linksmehrheit vorhanden sei.

## Die „kleine“ Differenz von 200 000

Am 13. Tage zeichneten sich in den Stadtbezirken Weizings 3545 Personen ein. Die Gesamtziffer stellt sich damit auf 13 958, während beim Kürstendenbegehren am 13. Tage rund 212 000 Unterschriften gezählt worden sind. Also eine „kleine“ Differenz von 200 000 Stimmen. Selbst Thälmann hatte am 13. Tage 32 034 Unterschriften zu verzeichnen. Der Stahlhelm, die Hittlerianer und die Deutschnationalen zusammengenommen haben also um nahezu zwei Drittel weniger Kredit als die Kommunisten. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 502 000, von denen die Volksbegehler, wenn sie das Minimum erreichen wollten, mindestens 50 000 Wahlberechtigte an die Unterzeichnungslisten bringen müßten.

Am Montag zeichneten sich in Berlin für das Inflationsbegehren 24 667 Personen ein. Die Gesamtziffer beträgt damit in Berlin 214 574.